

Heraus zum 1.Mai - Langsam bewegt sich was in Kaiserslautern

Vor Tagen sah es noch so aus, als ob sich nur ein kleines Häuflein aufrechter Antifaschisten dafür interessiert, dass am 1.Mai von einer „Bürgerinitiative für soziale Gerechtigkeit“ eine 1. Mai Demonstration in Kaiserslautern angemeldet hat. Hinter dieser „Bürgerinitiative“ verstecken sich einige NPD-Gebietsverbände und Teile der „Freien Kameradschaften“ der Region. Diese Neonazi-Doppelveranstaltung soll unter dem Motto „Arbeit & soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen! Gemeinsam gegen Globalisierung - Ausbeutung und Überfremdung stoppen!“ 300 Faschisten in die Westpfalzmetropole und nach Neustadt an der Weinstraße führen.

Die alarmierten Antifaschisten versuchten direkt nach Bekanntwerden dieser Anmeldung die lokale Presse, Stadtpolitiker und vor allen die Gewerkschaften des Bezirks Westpfalz zu informieren und für ein gemeinsames Entgegenreten zu aktivieren. Sie stießen aber allseits auf taube Ohren. Der DGB-Bezirk Westpfalz entschloss sich im Gegensatz dazu, die Nazis zu ignorieren. Kritische Nachfragen wurden mit dem Hinweis abgebugelt, „daß man die acht-neun Hansels, die dann am Bahnhof stehen werden“ nicht aufwerten dürfe. Aber nicht nur der DGB, sondern auch die lokale Presse waren und sind nicht in der Lage, die Gefährlichkeit und den Mobilisierungsgrad der Faschisten wirklich einzuschätzen. Die RHEINPFALZ veröffentlichte den ersten Artikel zum Thema am 25.04., nachdem sie nicht mehr umhin konnten, sich mit dem 1.Mai auseinanderzusetzen.

Gerade, das in Mannheim angesiedelte „Aktionsbüro Rhein-Neckar“, welches auch hinter dem Aufruf für Kaiserslautern und Neustadt steht mobilisiert immer größere Mengen von jungen Neonazis. Zum Beispiel führten 100 Faschisten am 6. April einen spontanen „Trauerzug“ wg. der Tötung eines angeblichen Kameraden durch Mannheim und Ludwigshafen durch. In den letzten Monaten kam es darüber hinaus zu einigen Naziübergriffen in der Vorderpfalz. In den kleineren Orten in der Westpfalz kommt es immer wieder zu Grabschändungen auf jüdischen Friedhöfen. Im nahen Saarland kam es im letzten Jahr des Öfteren zu Mahnwachen und kleineren Demonstrationen von NPD-nahen Gruppierungen.

Ungeachtet solcher Übergriffe und des selbstbewussten Auftretens von Neonazi-Gruppen in der Region, halten sich die Verantwortlichen von Stadt und Gewerkschaft bedeckt, was einige Menschen der Region vor den Kopf stößt. GewerkschafterInnen sind empört, ob der Tatsache, das sie von ihren Funktionären noch nicht einmal informiert werden. Der einzige Organisationsbestandteil der bislang die Gegenmobilisierung unterstützt ist der Verdi-Landeserwerbslosenausschuß RLP/Saar. Dieser hält sich bisher als einzige Gruppierung an die vom Bundesvorstand vorgegebene Linie. Diese wird im „Aufruf zum Gedenken an den 2.Mai 1933“ wie folgt vorgegeben:

*„Im Angesicht und Gedenken dieses Terrors können die Gewerkschaften es nicht hinnehmen, dass alte und neue Nazis vielerorts den 1. Mai erneut als Vorwand nutzen, um Gewerkschaften und die ganze demokratische Öffentlichkeit mit eigenen Aufmärschen und Kundgebungen zu provozieren und die Opfer des NS-Regimes zu verhöhnen. Wir fordern alle Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft auf, den Nazis von heute Einhalt zu gebieten, wenn sie ausgerechnet am 1. Mai ihre Hassparolen öffentlich verkünden wollen. An diesem Tag gehören die Straße und Plätze der organisierten Arbeitnehmerschaft.“*

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Rheinland-Pfalz scheint den Ernst der Lage langsam zu begreifen. Zwar unterstützen sie den Aufruf (noch) nicht offiziell, haben ihn aber auf ihre Webseite gepackt.

Das andere Vorstände der Einzelgewerkschaften und der DGB im Bezirk Westpfalz genau entgegengesetzt agieren, hat nach Einschätzung von Kennern des Apparats viel mit Überheblichkeit, aber auch mit Bequemlichkeit zu tun. Es ist halt was anderes, die eigene Mitgliedschaft aktiv zu mobilisieren, statt wie jedes Jahr, das von der Gewerkschaftsspitze

vorgegebene Flugblatt und Plakat in die Betriebe zu geben und nur noch den Getränke und Wurstverkauf organisieren zu müssen.

Doch langsam bewegt sich was, zumindest in den Reihen der Stadtpolitiker. Die Fraktion „Die Grünen“ im Stadtrat von Kaiserslautern haben sich für eine Unterstützung der Gegenmobilisierung ausgesprochen und ihre Absicht erklärt in der Stadtratssitzung am 28.04. eine Resolution einzubringen, die sich eindeutig gegen den Naziaufmarsch richtet. Vor der Stadtratssitzung soll diese Resolution auch mit den anderen Stadtratsfraktionen kommuniziert werden.

Das „Bündnis gegen Rechts“ in Kaiserslautern bereitet in Anbetracht, des relativ kurzen Zeitraums bis zum 1.Mai die Proteste vor. In ihrem auf eine möglichst breite Zustimmung angelegten Aufruf, den wie schon oben erwähnt, die Fraktion der Grünen im Stadtrat, aber auch der Landesverband „Die Linke“-Rheinland/Pfalz sowie der VVN/BdA und verschiedene andere, auch überregionale Gruppierungen unterstützen, forderten sie „alle freiheitsliebenden Menschen“ dazu auf, um 10Uhr zum Hauptbahnhof zu kommen um so den Naziaufmarsch, der um 11Uhr am gleichen Ort starten soll, zu verhindern.

Mittlerweile sieht es so aus, dass die Gegenmobilisierung sich um 10 Uhr am Philipp Mees-Platz, nahe dem Kaiserslauterer Bahnhof versammeln wird. Die genehmigte Nazidemo soll eine relativ kurze Runde in Kaiserslautern gehen und den inneren Stadtbereich „nur“ streifen. Der Polizeiapparat hat schon über die RHEINPFALZ ihre Drohkulisse in Stellung gebracht: „Wer die Spielregeln nicht einhält, kann keinen Grundrechtsschutz in Anspruch nehmen“, verweist Einsatzleiter Brühl auf seine Interpretation des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit. Auch der örtliche Ordnungsamtleiter steht Gewehr bei Fuss: „Wir wollen dafür Sorge tragen, dass der öffentliche Frieden gewahrt bleibt.“

So soll in Kaiserslautern das Gespenst von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen sog. „Rechts und Linksextremen“ die Gegenmobilisierung schwächen und die politischen Auseinandersetzung in der Stadt entpolitisieren. Das Bündnis gegen Rechts weist „alle Versuche, den Konflikt auf dieses Muster zu reduzieren“ schärfstens zurück. Sie sehen ihren Aufruf als Versuch „einer Bündelung von möglichst vielen gesellschaftlich verankerten Kräften, mit dem Ziel den geplanten Naziaufmarsch effektiv etwas entgegen zu setzen.“ Es gibt mittlerweile hoffnungsvolle Zeichen, daß dies gelingen wird, auch wenn der DGB nicht mehr auf den fahrenden Zug aufspringt.

Weitere Informationen:

<http://klgegennazis.blogspot.de/>

<http://neues-auf.anderslautern.de/index.php?n=Politik.RegionaleNachrichten>